



## Potentielle Kriminelle

### Der sozialpolitische Paradigmenwechsel von einer Politik der Emanzipation zum Kampf gegen das Böse

**Florian Rödl**

Nach der Demontage des Rechts auf eine unbelauschte Wohnung ist das Thema „organisierte Kriminalität“ aus den Schlagzeilen verschwunden. Im Mittelpunkt moralischer Aufregung von Politik und Medien steht wieder die Zunahme von Jugendkriminalität, insbesondere von jugendlicher Gewaltkriminalität. Es besteht Konsens, daß – in Analogie zur Schluckimpfung – nicht erst reagiert werden darf, wenn es zu spät ist, d. h. Kriminalität nicht nur verfolgt werden darf. Es muß vorgebeugt werden, Kriminalität von vornherein verhindert, eben „bekämpft“ werden. Prävention ist also angesagt, und wer wollte dem widersprechen? Nun, um „Kriminalität“ zu verhindern, muß man die potentiellen TäterInnen schon vor ihrer Tat erkennen. Man beginnt darum, kriminogene Milieus und kriminogene soziale Werdegänge zu identifizieren und zu kontrollieren, mit der Folge, daß auch ganz regelgemäßes Verhalten ständig Gefahr läuft, polizeistatlich behelligt zu werden.

Und nicht nur polizeistatlich. Folgende Strategie neueren Datums mit hohem Verbreitungsgrad in den Reihen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, PDS erweiterte das Spektrum: All die Soziale-Gerechtigkeits-Anliegen, für die man traditionell eintritt, letzthin aber kein rechtes Gehör mehr gefunden hat, werden im Rahmen von Innerer Sicherheit erneut unterbreitet und zwar gewandelt als Programm zur Kriminalitätsprävention. Zu diesem Zweck werden zunächst empirisch unausgewiesene Thesen über die Ursachen von Kriminalität formuliert, im Stil von: „wer arm ist, stiehlt“, „wer ohne Arbeit ist, raubt und schlägt“, „wer nicht zur Schule geht, bricht Autos auf“ – anschließend werden Jugendsozialarbeit, Ausbildungsplätze und Kindergeld gefordert. Empirisch unausgewiesen sind diese Thesen einmal in dem Sinn, daß sich die meisten öffentlichen Äußerungen gar nicht die Mühe machen, eine Untersuchung auch nur zu benennen, sondern schlicht ihre Alltagsvorurteile verbindlich setzen. Zum

anderen aber auch in dem Sinn, daß vorhandene Untersuchungen (die sich in den USA seit Neuestem dem Zusammenhang von IQ und Kriminalitätsneigung widmen) methodischer Kritik nicht standhalten, oft schon deswegen, weil sie die Datenlieferung über die Polizei als Fixgröße und nicht als eigenen kriminalitätserzeugenden Faktor setzen. „Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik“ schmettert es einem stolz entgegen. Das war und ist lieb gemeint, zeitigt aber fatale Folgen.

Dabei will ich beiseite lassen, daß das Konzept wenig Erfolg verspricht. Denn die Kampagnen repressiver Sicherheitspolitik sind herrschaftstechnisch motivierte Folgen des Niedergangs von Politiken sozialer Umverteilung. Dieser wiederum hat seine Ursache im Verlust polit-ökonomischer Steuerungsfähigkeit, den man als Produkt nationalstaatlich ungleichzeitiger gesellschaftlich-ökonomischer Entwicklung, (v. a. kommunikations-)technologischer Fortschritts und diese beiden weiter entfaltender Deregu-

lierungsstrategien von Politik und Kapital andererseits ansehen muß. Alles zusammen charakterisiert das dominante neoliberale Politikmodell. Der Rückgewinn der Steuerungsfähigkeit wäre Voraussetzung für jede Sozialpolitik, ob sie als Kriminalpolitik auftritt oder nicht. Anders formuliert: Wer gegen die Ausgrenzungen im Rahmen Innerer Sicherheits-Politik antreten will, muß gegen das neoliberale Politikmodell antreten. Wer hingegen glaubt, man könne über einen Vorschlag zur Kriminalitätsbekämpfung die neoliberale Hegemonie partiell quasi überlisten, ist ärgerlich naiv, weil sie beharrlich die gesellschaftliche Funktion von Sicherheitspaniken ignoriert.

Problematischer als Erfolglosigkeit und Naivität ist, daß sich auf diesem Weg ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Er betrifft den Begründungs- und Legitimationszusammenhang von Sozialpolitik. Sie wurde von fortschrittlicher Seite einst als Teilbereich einer demokratisierenden Gesellschaftspolitik begriffen. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik zielte darauf, gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, die auf ungleicher Reichumsverteilung basieren, zu mildern und abzubauen, um darüber Gleichberechtigung im demokratischen Selbstgesetzgebungsprozeß zu verwirklichen. Was sie im Jugendbereich antreiben sollte, war das Recht eines/r jeden Jugendlichen, sich frei zu entfalten und ein Leben in Autonomie zu führen.

Mit der Formel „Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“ wird Sozialpolitik in einen neuen, ganz anderen Legitimationszusammenhang gestellt. Sozialpolitik erhält ihre Legitimation nur noch dadurch, daß sie verspricht, Verbrechen zu verhüten. Damit verschiebt sich die Funktion von Sozialpolitik grundlegend, wodurch ihre Ansprüche beschnitten, ihre Reichweite begrenzt und ihre Inhalte verformt werden.

Das beginnt schon auf der Ebene der Wahrnehmung des sozialen Problemfeldes. Politik interessiert sich für Jugendliche nicht mehr, weil die vielleicht Probleme haben, sondern nur noch insofern und insoweit sie als potentielle Kriminelle in Frage kommen, also vielleicht Probleme machen. Es mögen die Jugendlichen so unzufrieden mit ihrer Situation sein, wie sie wollen, solange sie niemandem Angst machen, hilft ihnen die Politik nicht mehr weiter. Wo keine Sicherheitsprobleme identifiziert werden, gibt es auch für Sozialpolitik nichts zu tun.

Sozialpolitik tritt so in Konkurrenz zu polizeilich-repressiven Konzepten der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung. Es muß nachgewiesen werden, daß so-

ziale Maßnahmen Kriminalität wirksamer zu verhüten vermögen als Null-Toleranz- und Abschreckungsstrategien. Offensichtlich steht Sozialpolitik in dieser Auseinandersetzung von vornherein auf verlorenem Posten. Nicht nur, weil ihre Erfolge sich zugeständenermaßen erst längerfristig bemerkbar machen sollen, sondern vor allem, weil die Autorität in Law- and Order-Fragen im öffentlichen Diskurs Polizei und CDU/CSU zugewiesen ist (auch wenn deren Vertreter heute bisweilen in Gestalt des Otto Schily erscheint).

Jugend- und Sozialpolitik muß zunehmend mit der finanziellen Effizienz repressiver Sicherheitspolitik konkurrieren. Als Politik zur Herstellung von Gleichberechtigung



gung konnte sie höchstens intern effizienter gemacht werden. Jetzt muß sich sozialpräventives Kosten-Nutzen-Kalkül gegen autoritär-repressive Kalküle durchsetzen.

Das allein wäre schlimm genug. Aber da der Nutzen politischer Nutzen ist und auf der Einnahmenseite nicht erscheint, kommt es in Zeiten leerer Kassen nur auf die Kostenseite an; und da steht Sozialpolitik stets für dicke und sichtbare Haushaltstitel. Bevor ein Bezirk die mühsam gestrichenen Stadtteilbibliothek und Schwimmbad wieder in den Etat einstellt und noch einen Bolzplatz drauflegt, läßt man lieber Fußstreifen patroullieren und veranlaßt ein paar spektakuläre Leibesvisitationen an Dunkelhäutigen.

Unter der Hand haben sich über die neue Funktionsorientierung schließlich Inhalt und Form von Sozialpolitik im Jugendbereich verschoben. Daß Stärkung der Autonomie von Jugendlichen Handtaschenraub verhindert, ist selbst für das rot-grün-rosa Klientel nur schwer nachzuvollziehen. Die durch LehrerInnenstammtischpädagogik inspirierte Diskussion warf aus, daß nicht zu wenig Rechte, sondern zu wenig Werte als Ursache auszumachen sind. Werden Werte in Abgrenzung zu Autonomie und

Rechten als inhaltliche Zielvorgabe eingeführt, finden sie ihre Form der Verwirklichung dann konsequent in autoritären Mustern: Es dürfen keine Freiräume mehr eingefordert werden, es müssen endlich wieder Grenzen gesetzt werden. Werte vermitteln durch Grenzen setzen – wie und welche auch immer – so lautet prompt inzwischen die parteiübergreifende Zielvorgabe für kriminalitätspräventive Politik. Beim Grenzen setzen ergänzen sich dann auf einmal sozialpolitische und autoritär-repressive Prävention vortrefflich.

Das famose Einschwenken des linken Parteienspektrums auf die Problem-beschreibungen der Kampagnen Innerer Sicherheit und sein fehlgeschlagener Versuch, Sozialpolitik als Präventionsprogramm zu etablieren, hat diese um ihre entscheidende emanzipatorische, d. i. demokratisierende Dimension verkürzt und zu einer schieren Herrschaftsfunktion depriviert, deren positive Wirkungen in Einzelfällen allenfalls noch glückliche Nebeneffekte sind.

Wie sehr sich diese Strategie blamiert hat, zeigt sich darin, daß sie auch aus Sicht ihrer ProtagonistInnen bereits überholt ist. Das legt den Verdacht nahe, daß sie nur eine von den RichtungsstrategInnen der Parteien vielleicht sogar gezielt inszenierte Episode war auf dem Weg von rot-grün in das Lager der demokratie- und menschenrechtsignoranten Sachzwangverwaltung.

Nachdem zu oft nachgewiesen ist, daß subjektives Sicherheitsempfinden mit objektiver Bedrohungslage wenig zu tun hat, die Kriminalitätsangst der Bevölkerung nun aber erfolgreich geschürt ist, wird diese Angst als politisches Feld isoliert und ganz selbständig bearbeitet. Mein Lieblingspopulismus – insbesondere bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehr geläufig – „Die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen“ – faßt das Programm prägnant zusammen. Es wird gar nicht mehr beansprucht, etwas gegen Körperverletzungen oder Erpressungen zu unternehmen. Ganz explizit sollen nur noch Emotionen manipuliert werden. Das Spektrum reicht von verschiedenen Varianten von Null-Toleranz (SPD) bis zur „Renaissance des Schutzmanns“ (Plottnitz). In diesem Zusammenhang hat demokratische Gesellschaftspolitik selbst ihren rhetorischen Ort verloren.

**Florian Rödl studiert Philosophie und Politikwissenschaft und ist Mitglied des Berliner Landesvorstands der JungdemokratInnen/Junge Linke.**

Eine leicht gekürzte Fassung dieses Textes erschien in der *tageszeitung* vom 6. Juli 1998.